

Noch Hoffnung für die Bahnlinie

Autor: Norbert Finster

Kitzingen, Donnerstag, 09. November 2017

Einen Hoffnungsschimmer sieht der Gerolzhöfer Stadt- und Kreisrat Thomas Vizl für die Steigerwaldbahn. Anlass ist ein Besuch einer Delegation von Befürwortern der Reaktivierung bei der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) in München.

Einen Hoffnungsschimmer sieht der Gerolzhöfer Stadt- und Kreisrat Thomas Vizl für die Steigerwaldbahn. Anlass ist ein Besuch einer Delegation von Befürwortern der Reaktivierung bei der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) in München.

Die BEG beauftragt verschiedene Eisenbahnverkehrsunternehmen mit der Durchführung von Verkehren. „Wir wurden sehr gut empfangen und das Gespräch verlief recht locker“, berichtet Vizl. Zudem habe Innenstaatssekretär Gerhard Eck zugesagt, dass sich bis zu einer Vorlage der Studie am Status der Strecke nichts ändern wird. Sie ist stillgelegt, im Bereich Kitzingen bereits entwidmet. Eines sei in München klar geworden: In der Region müsse es eine Zustimmung für die Bahn geben. Die ist aber momentan nicht zu sehen. Die Landkreise Schweinfurt und Kitzingen zeigen sich zurückhaltend und fast alle Gemeinderäte winkten ab, als es um die Bahn ging.

Deswegen hat Dietmar Parakenings, der Vorsitzende des Fördervereins Steigerwaldexpress, einen Brief an die Bürgermeister längs der Strecke geschickt. Darin verweist er auf die Ergebnisse der Potenzialanalyse. Den betroffenen Gemeinden entstünden bei einer Wiederaufnahme des Bahnverkehrs keine Kosten, schreibt Parakenings. In weiteren Untersuchungen wären die Kosten für eine Instandsetzung der Strecke zu klären. Voraussetzung für alles wäre ein positives Votum der Kommunen, vor allem aber der beiden Landkreise Schweinfurt und Kitzingen. Der Förderverein sieht in der Wiederinbetriebnahme eine Riesenchance für die Region.

Nach wie vor Interesse an Kauf und Reaktivierung der Strecke sowohl für den Güter- als auch für den Personenverkehr hat der Kitzinger Investor Markus Blum, auch wenn er vor kurzem mit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht gegen die Stilllegungspläne auf dem Gebiet der Stadt Kitzingen gescheitert ist.